

Entwicklungspolitik Kompakt



Nr. 15, 22. April 2015

Entspricht die EZ der traditionellen Geber noch den Bedürfnissen der Partnerländer?

Autorin: Anne Körner

Redaktion: Dr. Annemie Denzer-Schulz

Die internationale Entwicklungslandschaft ist im Umbruch: Das globale entwicklungspolitische Zielsystem wird derzeit neu justiert, von den primär armutsbezogenen Millenniumszielen hin zu breiter gefassten und global verbindlichen Nachhaltigkeitszielen. Während sich viele traditionelle Geberländer und multilaterale Entwicklungsinstitutionen noch mit der Frage beschäftigen, wie sie sich an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen sollen, entstehen aus dem Kreise der fortgeschrittenen Entwicklungsländer neue Geberländer (z.B. Indien, Brasilien, Südafrika) und neue multilaterale Finanzierungsinstitutionen (z.B. die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank oder die von den BRICS-Ländern ins Leben gerufene New Development Bank).

Die Prioritätenverschiebung der Geber weg von materiellem Wachstum und hin zu qualitativen Zielen kann die EZ erschweren

Das Entstehen dieser neuen Akteure wird meist mit veränderten wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnissen erklärt, die in den klassischen Strukturen nicht adäquat abgebildet werden. In einer kürzlich erschienenen Studie (Pritchett, 2015) wird aber eine andere These vertreten: Maßgeblich für diese Entwicklung sei die Prioritätenverschiebung westlicher Geberländer weg von der Förderung materieller Bedürfnisbefriedigung (Wirtschaftswachstum) hin zu qualitativen Zielen wie z.B. Umwelt- und Klimaschutz, Bildung und Gesundheit („Post-Materialismus“).

Diese Verschiebung spiegele nur den eigenen Wertewandel in vielen traditionellen Geberländern wider: Da die materiellen Bedarfe in westlichen Demokratien in einem hohen Maße befriedigt sind, gewinnen Parteien und Gruppen politisch an Zuspruch, die diese qualitativen Werte nicht nur im eigenen Land, sondern auch in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit stärker priorisieren

wollen. Die Konsequenz ist laut Pritchett eine Vernachlässigung der primär materiellen Bedürfnisse von Entwicklungsländern. Während der Westen seine Mittel also zunehmend für Maßnahmen im Klimaschutz und Gesundheitsbereich oder zur Förderung der Biodiversität bereitstelle, liege der Fokus vieler Entwicklungsländer in erster Linie immer noch auf Industrialisierung und Steigerung wirtschaftlichen Wachstums mithilfe von einkommensschaffenden Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen in produktive Sektoren.

Eine Studie von Leo (2013) dokumentiert diese Wertedivergenz sehr anschaulich: Im Zuge einer Meinungsumfrage in Subsahara-Afrika gaben 71 % der Befragten die Schaffung von Jobs und Einkommen als Top-Entwicklungspriorität an, dicht gefolgt von Infrastruktur. Hingegen flossen in den vergangenen zehn Jahren lediglich 16 % der amerikanischen Entwicklungshilfe in eben jene Sektoren. Stattdessen erhielten Bereiche wie Governance, Gesundheit, Sicherheit oder Bildung, zweit- oder dritrangige Anliegen nach Meinung der afrikanischen Befragten, ganze 60 % der finanziellen Mittel. Die neuen Geber und multilateralen Entwicklungsinstitutionen stoßen mit primär wachstumsfördernden Investitionen genau in diese Lücke vor.

Müssen sich die traditionellen Geber auf Wachstumsförderung rückbesinnen?

Der Argumentation Pritchetts folgend sollten sich die klassischen Geber wieder stärker an den Prioritäten der Entwicklungsländer orientieren und auf Wachstumsförderung rückbesinnen, um nicht noch stärker ins Abseits zu geraten. Dazu würden vor allem Investitionen in die wirtschaftliche Infrastruktur (Energie, Transport, Kommunikation etc.), die Finanzsektorentwicklung und die Privatwirtschaftsförderung gehören (Schaffung produktiver Beschäftigung und auskömmlicher Einkom-

men für die wachsende Bevölkerung). Auf der anderen Seite zeigt aber die Diskussion um eine neue Globale Entwicklungsagenda Post 2015, dass auch viele Entwicklungsländer die Notwendigkeit erkennen, wirtschaftliches Wachstum mit ökologischen und sozialen Zielen zu verbinden, um Entwicklungserfolge nachhaltig zu sichern. Zudem liegen viele empirische Studien vor, die einen klaren Zusammenhang zwischen der Förderung qualitativer Größen (wie z.B. Gesundheit und Bildung) und Wirtschaftswachstum aufzeigen. Diese stehen offensichtlich nicht in einem Widerspruch zueinander, sondern unterstützen oder bedingen sich sogar gegenseitig.

Wie werden traditionelle und neue Geber auf die veränderte Situation reagieren?

Kritiker von Pritchett befürchten, dass eine Rückbesinnung der traditionellen Geber auf klassische Wachstumsförderung den Geberwettbewerb in diesem Segment intensivieren könnte, mit der Gefahr einer Vernachlässigung qualitativer Ziele und der Erosion bewährter entwicklungspolitischer Standards (wie z.B. Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards). Befürworter verweisen hingegen darauf, dass eine Absenkung bewährter Standards in diesem Segment auch dann zu befürchten wäre, wenn die traditionellen Geber dieses Feld ganz den neuen Institutionen überließen und sich im Sinne einer klaren Arbeitsteilung noch stärker auf qualitative Ziele und Global Public Goods konzentrierten. Insofern ist zu hoffen, dass weder das eine noch das andere Extrem eintritt, sondern es vielmehr in beiden Segmenten zu einer engen Kooperation zwischen traditionellen und neuen Gebern kommt, die das gegenseitige Lernen fördert und Synergien ermöglicht – ganz im Sinne einer schnellen und nachhaltigen Erfüllung auch der materiellen Bedürfnisse der Partnerländer. ■

Literatur

Leo, Benjamin (2013). „Is Anyone Listening? Does US Foreign Assistance Target People's Top Priorities?“ CGD Working Paper 348. Washington, DC.

Pritchett, Lant (2015). „Can rich countries be reliable partners for national development?“ Horizons, 2015 (2), 206-223.